



## Pressemitteilung

Berlin, 6. November 2011

Hartmannbund begrüßt Tarifeinigung

### **Reinhardt: Kliniken müssen künftig vor allem um junge Ärztinnen und Ärzte noch engagierter kämpfen**

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Klaus Reinhardt, hat die Einigung zwischen den Ärzten an Universitätskliniken und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) über einen neuen Tarifvertrag begrüßt. **„Die Bundesländer haben offensichtlich endlich erkannt, dass sie mit einem leistungsfeindlichen Sparkurs gegenüber Ärztinnen und Ärzten die Zukunftsfähigkeit ihrer Kliniken gefährden“**, sagte Reinhardt. Die Klinikträger seien aber auch über diese Tarifeinigung hinaus gut beraten, weitsichtige Konzepte zu entwickeln, wie sie gemeinsam mit ihren Leistungsträgern in Universitätskliniken künftig Forschung, Lehre und die medizinische Versorgung noch gewährleisten können, so Reinhardt weiter. Vor allem im Zusammenhang mit dem dringend notwendigen Bemühen, junge Ärzte für den Beruf und eine kurative Tätigkeit an der Klinik zu begeistern, sei seitens der TdL deutlich mehr Fantasie gefordert. **„Perspektivisch wäre es zum Beispiel ein richtungsweisendes Signal, an Stelle bloßer linearer Gehaltsanhebungen eine überproportionale Steigerung im Bereich der Assistenzärztinnen und -ärzte vorzunehmen“**, sagte Reinhardt.

Nach einer langen Ausbildung falle die Zeit der Assistenzarztstätigkeit oft mit der Familiengründung zusammen. Die unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei dann nur eines der Probleme. Vor allem die nicht adäquate Vergütung ihrer ärztlichen Leistung trage dazu bei, dass viele junge Ärztinnen und Ärzte in andere Berufsfelder abwanderten, was den

HB-Pressestelle  
Michael Rauscher (Leiter)  
Petra Schröter (Sekretariat)  
Tel.: 030 206208-11  
Fax: 030 206208-14  
E-Mail: [presse@hartmannbund.de](mailto:presse@hartmannbund.de)

Hauptgeschäftsführung  
Schützenstr. 6 a  
10117 Berlin  
Telefon: 030 206208-0  
Telefax: 030 206208-29  
E-Mail: [hb-info@hartmannbund.de](mailto:hb-info@hartmannbund.de)  
Internet: [www.hartmannbund.de](http://www.hartmannbund.de)

bestehenden Ärztemangel noch verschärfe. Reinhardt: „**Es kann nicht im Interesse der Politik sein, eine kostspielige und lange Ausbildung zu finanzieren, um den gut ausgebildeten Nachwuchs dann wieder zu verlieren.**“

Reinhardt abschließend: „Die Arbeitgeber müssen sich an der Seite von Ärztinnen und Ärzten endlich gemeinsam der existenziellen Frage stellen, wie man durch eine Steigerung der Attraktivität des Artberufes den sich an den Häusern bereits dramatisch abzeichnenden Ärztemangel in den Griff bekommen kann“.